

Ackerland für Industrie und Gewerbe?

Für Zukunftsprojekt Morgenrot soll Baurecht erwirkt werden.

VON PETRA KORN

QUEDLINBURG/MZ. Ein Drei- klang von modernem Industriepark, regenerativem Energiepark und Weiterverwendung entstehender Abwärme im kommunalen Wärmemanagement – so beschreibt Quedlinburgs Oberbürgermeister Frank Ruch (CDU) das Zukunftsprojekt Morgenrot, das private Investoren umsetzen möchten. Werde es realisiert, sei das für die Stadt langfristig mit Einnahmen von mehr als einer Million Euro pro Jahr verbunden, so Ruch. Um Baurecht schaffen zu können, sollen der Flächennutzungsplan geändert und ein Bebauungsplan aufgestellt werden. Doch dafür sind Voraussetzungen zu erfüllen.

„Natürlich ist die aktuelle eine Richtungsent- scheidung.“

Frank Ruch

Oberbürgermeister

Großteil der angedachten Flächen – rund 270 Hektar – als Vorranggebiet für Landwirtschaft aus. Das zu ändern, möchte die Stadt bei der Regionalen Planungsgemeinschaft beantragen. Dabei geht es ausschließlich um die Flächen für das Industrie- und Gewerbegebiet, sagte Stadtplanerin Marion Jantsch. Für den geplanten Energiepark sei ein zweiter Antrag notwendig.

Reinhard Fiedler (AfD) sprach sich gegen eine Freigabe von Ackerboden für Industrie und Gewerbe aus und sah zudem eine Umwandlung „als Eingangsportal für benachbarte Flächen für Photovoltaik und Windräder“, die die Fraktion ablehne. Ulrich Thomas (CDU) verwies darauf, dass die Stadt an einer Weiche stehe wie in den 1990er Jahren, auf fehlende Industrie und fehlende Mittel. „Jetzt haben wir wieder die Chance“, so Thomas. „Natürlich“ so Frank Ruch, sei die aktuelle „auch eine Richtungentschei- dung“ für das Projekt insgesamt, „ohne erneuerbare Energien werden wir keine Ansiedlung bekommen.“

Auf Nachfrage von Birgit Voigt (SPD) zur Einbeziehung und Information der Bürger verwies Ruch erneut auf die Sitzung des Stadtrates am 16. September, auf der gemeinsam mit den Investoren informiert werde.

Marion Jantsch erinnerte an die gesetzlich vorgeschriebene Beteiligung der Öffentlichkeit; eine erste sei bereits nach den Beschlüssen zur Einleitung der Planung erfolgt, die Unterlagen hätten ausgelegen.

Letztlich beschloss der Stadtrat mit 13 Ja- und 10 Neinstimmen bei 6 Enthaltungen, dass ein Antrag bei der Regionalen Planungsgemeinschaft gestellt wird. Zuvor hatte der Bauausschuss das mehrheitlich befürwortet.